

6. Notfallversorgungsqualität der Randregionen verbessern

Antrag des Regierungsrates vom 5. April 2023 und Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 12. September 2023

KR-Nr. 42/2021

Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG): Wer eine Ambulanz ruft und benötigt, möchte diese verständlicherweise so schnell als möglich vor Ort haben, egal, wo er geografisch zu Hause ist. Mit dem Postulat 42/2021 wurde der Regierungsrat eingeladen aufzuzeigen, wie die Notfallversorgung der Randregionen verbessert werden kann. Nun ist es so, dass gemäss Gesundheitsgesetz die Gemeinden für das Rettungswesen und der Kanton für die Alarmierung der Rettungsdienste zuständig sind. Die Gesundheitsdirektion legt sodann auch die Hilfsfristen fest und beurteilt, ob sie eingehalten sind beziehungsweise werden. Die Vorgabe zu dieser Frist ist das Eintreffen einer Ambulanz innert 15 Minuten bei 90 Prozent der Fälle. Nur drei Rettungsdienste liegen im Kanton Zürich knapp unterhalb der Vorgaben.

Randregionen sind aus verschiedenen Gründen natürlich schwieriger zu versorgen als Zentrumsregionen. Gleichzeitig ist aber die Analyse von den besagten Hilfsfristen nur ein kleiner Teil einer umfassenden Analyse. Es wurden und werden sodann auch Massnahmen getroffen, unter anderem zusätzliche Standorte der Rettungsdienste etabliert, der Einsatz von First Respondern ermöglicht, und die laufende Optimierung der Dispositions-Strategie in den Einsatzzentralen ist ebenfalls gewährleistet. Zudem hat das Amt für Gesundheit zusammen mit der Fachhochschule Ost weitergehende Analysen erarbeitet, um daraus gezielte Massnahmen abzuleiten, wie Randregionen noch besser mit dem Rettungsdienst versorgt werden können.

Die KSSG beantragt aufgrund der Bemühungen, die die GD (*Gesundheitsdirektion*) schon in Angriff genommen hat, nun einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Brigitte Röögli (SP, Illnau-Effretikon): Herzlichen Dank für den sehr aufschlussreichen Bericht über die Notfallversorgung im Kanton Zürich. Es freut uns zu hören, dass wir im Kanton Zürich ein solch hervorragende Notfallversorgung haben: In 91 bis 92 Prozent der Fällen trifft die Ambulanz innerhalb von 15 Minuten an einem Einsatzort ein; das ist sehr schnell. Doch wer schon selber auf eine Ambulanz gewartet hat, weiss, dass auch 15 Minuten in einem Notfall unglaublich lange sein können. Dass es in weniger besiedelten Randregionen noch länger dauern kann, bis ein Rettungswagen eintrifft, ist nachvollziehbar, doch das Warten ist in der einzelnen Situation sehr nervenzehrend. Manchmal entscheidet die Zeit auch über Leben und Tod. Deshalb ist es wichtig, dass vor allem in dezentralen Orten Defibrillatoren und Erste-Hilfe-Material zur Verfügung steht. Zudem sollen möglichst viele Menschen als First Responder ausgebildet sein. Es macht Sinn,

dass das Netz der Ambulanzen noch weiter optimiert wird und dadurch die Einsatzzeiten weiter verringert werden können.

Gerne möchten wir an dieser Stelle allen danken, welche Tag und Nacht für den Notfall und unsere Sicherheit im Einsatz stehen. Wir schreiben das Postulat ab.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Die Ausgangslage des Postulats war, dass in Steinmaur und insbesondere im Wehntal die Interventionszeit von 15 Minuten, in der der Rettungswagen vor Ort sein muss, ungenügend erreicht wurde. Die Zielerreichung sank in den Jahren 2018 bis 2020 in Steinmaur von bereits mageren 70,8 Prozent auf ungenügende 48,3 Prozent. In Niederweningen wurde der Zielwert im Jahr 2018 34-mal erreicht und gar 52-mal nicht erreicht. Im Jahr 2020 wurde dieser Zielwert 17-mal erreicht und 95-mal nicht erreicht, sodass ein Handlungsbedarf klar gegeben war. Das Spannende war – und das zeigt dieses Postulat –, dass der Wettbewerb im Gesundheitswesen teilweise funktioniert. Denn kurz nach der Postulatseinreichung meldete sich das Spital Limmattal bei mir und war bereit, das Wehntal für sein Notfallgebiet zu übernehmen. Konkurrenz belebt den Markt, denn das Spital Bülach hat nun eine Lösung gefunden, um im Zusammenhang mit dem neuen Feuerwehrgebäude Niederglatt einen Rettungswagen zu stationieren. Auch das Weinland und das Tösstal haben nun verbesserte Hilfsfristen erhalten. Somit ist das Ziel des Postulats erreicht.

Ich möchte einfach noch anmerken: Das muss man sich bewusst sein, bei jeder Tempo-30-Einführung bedeutet das für die Notfallfahrzeuge eine Fahrzeitverlängerung. Einfach als Hinweis: Man kann nicht flächendeckend Tempo 30 einführen und dann erwarten, dass die Notfallfahrzeuge ihre Hilfsfristen noch erreichen können.

Mit Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass auch mit einem Postulat etwas erreicht und bewegt werden kann. Wir von der SVP/EDU-Fraktion sind mit den Verbesserungen zufrieden und schreiben das Postulat ab. Danke vielmals.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Die Notfallversorgungsqualität konnte nachweislich weiter verbessert werden. Die Vorgabe betreffend Eintreffen innert 15 Minuten wird in über 90 Prozent der Fälle gewährleistet. Zuständig für Krankentransport und Rettungswesen sind die Gemeinden, der Kanton für die Vermittlung und die Alarmierung. Das Interesse für eine optimale Versorgung wird geteilt. Zusammen und mit gebündelten Kräften wird und muss es aber zu weiteren Verbesserungen kommen, insbesondere aber auch für die Zentren. Das Postulat kann abgeschlossen werden.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Wir alle haben schon geliebte Menschen verloren, und jeder Verlust hinterlässt eine tiefe Wunde in der Seele. Wenn ein Verlust darauf zurückzuführen ist, dass die Rettungskräfte zu spät vor Ort waren, erscheint er noch sinnloser und das Vertrauen in Politik und Behörden schwindet. An dieser Stelle möchte ich den zahlreichen freiwilligen Feuerwehr-Frauen und -Männern danken, die seit Jahren unglaubliche Arbeit als Herz-Kreislauf-First-Responder leisten. Ich weiss nicht, wie viele Leben ihr schon gerettet habt. Es

sind jedoch unzählige und jedes davon ist wertvoll. Ihr wohnt und arbeitet im Dorf und seid oft keine drei Minuten, nachdem der Notruf eingegangen ist, vor Ort und rettet Leben. Ich danke euch dafür von ganzem Herzen. Denn gerade in ländlichen Regionen hat ein Krankenwagen oft über zehn Minuten, um vor Ort zu sein. Bei einem Herzinfarkt ist das viel zu lange. Dank den First Respondern der Feuerwehr kann das Netz des Rettungsdienstes so gezogen werden, dass die Sanitäterinnen und Sanitäter in der überwältigenden Mehrheit der Fälle rechtzeitig eintreffen, um Leben zu retten. In den letzten Jahren haben sie das gesetzte Ziel von 90 Prozent in 15 Minuten nach dem Vorfall jeweils mit Bravour übertroffen. Auch den Sanitäterinnen und Sanitätern, die Tag und Nacht einen extrem herausfordernden Job machen und dabei ihr Menschenmöglichstes tun, um Leben zu retten, danke ich von Herzen. Ich hoffe, dass sowohl die freiwilligen Feuerwehren als auch die Rettungsdienste diese beachtliche Dienstleistungsorientierung nach aussen tragen und unsere Jugend mit ihrem Engagement anstecken. Solche Vorbilder braucht der Kanton Zürich.

Die Grünliberalen stimmen der Abschreibung des Postulates zu.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Die Grüne Fraktion beantragt Abschreibung, was aber nicht bedeutet, dass alle Probleme gelöst sind. Wir danken dem Spital Bülach, denn eine Lösung für das Problem der zu langen Transportzeiten ins Wehntal wurde rasch gefunden. Seit April 2022 ist einer der vorhandenen Krankenwagen nicht mehr in Bülach, sondern in der Gemeinde Niederglatt in der Feuerwache stationiert. Die Nichteinhaltung der Fristen in den Randregionen besteht aber nicht nur wegen dieses Fahrzeugmangels. Die Krankenwagen fahren immer noch mit der Next-Best-Strategie des früheren Gesundheitsdirektors Thomas Heiniger. Bei einem Notfall rückt immer jener Krankenwagen aus, der am nächsten dran ist. Bringt etwa ein Wagen des Spitals Bülach Patientinnen oder Patienten ins Unispital in Zürich, ist die Chance gross, dass er danach zu einem Notruf im Stadtgebiet gerufen wird und deshalb nicht für einen Notfall im Rafzerfeld oder im Wehntal zur Verfügung steht. Weil die Rettungsdienste rentabel sein sollen, sind die Krankenhäuser daran interessiert, möglichst viele Einsätze fahren zu können. Die Next-Best-Strategie führt also nicht nur dazu, dass im Notfall möglichst schnell reagiert werden kann. Sie bewirkt leider auch, dass Randregionen schlechter abgedeckt werden; dies, weil die vorhandenen Ambulanzen in Richtung Ballungszentren gezogen werden und auch, weil das Abdecken der Randregionen für die Spitäler einen wirtschaftlichen Nachteil bedeutet. Es ist unseres Erachtens an der Zeit, diese Strategie anzupassen und zu verbessern.

Zumindest aber für heute sind wir dankbar, dass die Versorgung zum Beispiel des Wehntals durch eine geschickte Lösung verbessert wurde. Wir danken und wir schreiben ab.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Mehrfach wurde gelobt und erwähnt, dass die Feuerwehr-First-Responder mithelfen bei der Notfallversorgung. Ich möchte dazu einige Bemerkungen machen: Das ganze Konzept «Feuerwehr First Responder»

wurde komplett neu aufgezogen. In Zusammenarbeit mit der Polizei, der Gesundheitsdirektion, den Feuerwehren und den Rettungsdiensten hat die GVZ (*Gebäudeversicherung Kanton Zürich*) das Konzept «First Responder» komplett neu aufgezogen. Es wurde Enormes an Vorarbeit geleistet. Die Alarmierung steht, die Alarm-App steht, die Schulungen stehen, die Instruktoren sind bereit, das Ausrüstungsmaterial ist vorhanden, man kann sich anmelden. Es haben sich schon über 1000 Leute freiwillig gemeldet, um künftig als First Responder tätig zu sein.

Es hat aber auch eine Kehrseite, und zwar: Die bewährte Struktur der Feuerwehr wird so nicht mehr weitergeführt, aus dem Gedanken, was wir eben gehört haben, Next-Best auch bei First-Respondern. Der First Responder, der am nächsten ist, die drei, die am nächsten sind, werden für einen Einsatz aufgeboten. Nun droht dem ganzen Projekt Blockade, weil es einzelne Gemeinden gibt, die Angst haben, sie kommen dann zu kurz. Und wenn man nachfragt, dann geht es vor allem darum, dass die Feuerwehr nicht bereit ist, sich auf dieses neue Konzept einzulassen. Ich bitte Sie, fragen Sie in Ihren Gemeinden nach, wenn Sie hören, dass dort dieses Projekt «First Responder» blockiert wird. Wirken Sie auch daraufhin, dass man den Mut hat, sich auf dieses neue System einzulassen. Wir haben es jetzt gehört, es ist ein wesentlicher Teil, der dazu beiträgt, die Notfall-Versorgung in den Randregionen sicherzustellen. Ohne die First Responder ist das nicht mehr gegeben, die Feuerwehr wird das nicht mehr machen, seit 1. Januar 2024 gelten neue Regeln. Und deshalb ist es schade, wenn jetzt dieses tolle Projekt blockiert wird von ein, zwei Gemeinden, die hier nicht mitmachen wollen.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Vorletzte Woche war ich bei «Schutz und Rettung» am Flughafen. Diese machen ja die Einsatzleitzentrale im Auftrag der Sicherheitsdirektion und der Gesundheitsdirektion, in unserem Falle im Bereich des Rettungswesen. Frau Kantonsrätin Willi hat die Next-Best-Strategie erwähnt, und ich konnte mich noch einmal überzeugen, wie wichtig diese Arbeit ist, aber auch wie gut die Leute ihre Arbeit machen, wie kompetent sie die Anrufenden bedienen, wie schnell disponiert wird. Und das Next-Best kommt ja vor allem bei lebensbedrohlichen Umständen zum Zug. Das war wirklich sehr, sehr eindrücklich. Wenn jemand von Ihnen das einmal vor Ort sehen möchte, können Sie sich auch bei mir melden.

Es wurde schon gesagt – ich möchte nicht künstlich verlängern –, wir haben ein sehr gutes Rettungswesen im Kanton Zürich. Die Daten aus den Jahren 2020 bis 2022 zeigen, dass die von uns festgelegten Hilfsfristen insgesamt gut eingehalten werden und über den geforderten 90 Prozent liegen. Das heisst, dass in mehr als 90 Prozent der Fälle der Rettungsdienst innerhalb der geforderten Frist von 15 Minuten eintrifft. Wir wissen aber auch, dass es bestimmte Randregionen gibt, die aus verschiedenen Gründen schwieriger zu versorgen sind als Zentrumsregionen. Die Gemeinden sind ja gemäss Gesundheitsgesetz für das Rettungswesen verantwortlich. Kanton und Gemeinden haben in ihren Zuständigkeitsbereichen aber bereits verschiedene Massnahmen zur Stärkung der Versorgung in den Randregionen eingesetzt. So haben zum Beispiel fünf Rettungsdienste in den letzten Jahren neue Standorte etabliert, das wird die Hilfsfristen weiter verkürzen. Auch

die Einsatzleitzentrale optimiert laufend ihre Dispositions-Strategien und kann bei Bedarf mit präventiver Verlegung von Rettungswagen in ein unterversorgtes Gebiet die Hilfsfristen verbessern. Zudem soll – es wurde auch schon angesprochen – die Anzahl der First Responder im Kanton erhöht werden. Damit wird zwar nicht direkt die Hilfsfrist verkürzt, aber es kann bei zeitkritischen Einsätzen helfen.

Somit danke ich Ihnen für die wohlwollende Aufnahme unserer Tätigkeiten, unseres Berichtes. Ich empfehle Ihnen, der KSSG zu folgen und das Postulat abzuschreiben. Vielen Dank.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 42/2021 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.